

Ruf nach sachlicher Debatte über Wehr

Staufenberger Grüne kritisieren UWG

HANN. MÜNDEN. Die Fraktion der Grünen im Rat der Gemeinde Staufenberg ruft beim Thema Feuerwehrstruktur zu einer sachlicheren Debatte auf. Aus ihrer Sicht sei es notwendig, erst die Ergebnisse aus den laufenden Diskussionen abzuwarten, bevor konkrete Forderungen erhoben werden können, so Volkhard Hartmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen, und Ratsmitglied Joachim Beisheim.

Dabei verweisen die Grünen auf die Arbeit an einem Gemeindentwicklungskonzept für Staufenberg (ISEK) und die in diesem Zusammenhang geführte Debatte um



Volkhard Hartmann

eine „zukunftsfähige Ausrichtung der Feuerwehren“. Daran seien auch die Feuerwehren rege beteiligt.

Daneben sei

auf verschiedenen Ebenen ein Dialog mit den Feuerwehren entstanden. Auch aus diesen Gesprächen stehe ein abschließendes Ergebnis derzeit noch aus.

„Wir werden daher diesen Dialog zunächst weiter verfolgen und gegebenenfalls auch das Ergebnis aus dem ISEK abwarten, um dann gemeinsam mit der Feuerwehr zu besprechen, was in Anbetracht der finanziellen Rahmenbedingungen der beste Weg in eine moderne und zukunftsfähige Feuerwehr ist.“

WAHLKAMPF-POLEMIK

Reine Wahlkampfpolemik sei die Stellungnahme der Unabhängigen Wählergemein-

schaft Staufenberg (UWG). Darin spricht sich Albert Vogeley, Vorsitzender der UWG, dafür aus, alle zehn Standorte zu erhalten, weil die Entfernungen der einzelnen Ortsteile zueinander es erforderlich machten, in jedem Ortsteil eine eigene Feuerwehr zu unterhalten. Mit der UWG werde es keine Schließungen geben, so Vogeley.

Dazu sagen die Grünen: Die Vertreter der UWG seien seit Jahren in die Haushaltsdebatten eingebunden „und kennen die Zwänge, unter denen in den letzten Jahrzehnten die Haushalte aufgestellt werden mussten. Ein Blick in die mit-



Joachim Beisheim

telfristige Finanzplanung genügt, um zu sehen, dass sich auch daran in den nächsten Jahren leider nichts ändern wird. Insofern

wäre es seriös, auch zu sagen, wie und auf wessen Kosten dies finanziert werden soll.“

Schlicht falsch sei die Aussage, dass eine Zusammenlegung allein aus Gründen der Entfernung der einzelnen Ortsteile generell auszuschließen sei. Genau zu dem gegenteiligen Ergebnis kämen Untersuchungen im Rahmen des ISEK und des Feuerwehrbedarfsplans. Zudem verweisen die Grünen darauf, dass am 4. Juli 2013 vom Rat einstimmig die Mittel für die Beauftragung eines Feuerwehrbedarfsplanes bewilligt worden seien, also auch von der UWG, die heute den Plan für überflüssig hält. (ems)